



# AVE

Außenhandelsvereinigung  
des Deutschen Einzelhandels e.V.

## AVE-Rundschreiben 3/2015

---

Berlin, 20. Januar 2015

### **1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK**

**1.1. Mitgliederbefragung zu Hindernissen bei Geschäfts- und Investitionstätigkeiten in China**

**1.2. Bangladesch: Politische Unruhen gefährden den Exportsektor**

### **2. HANDELSCHUTZMASSNAHMEN**

**2.1. Antidumping-Rückschau 2014**

### **3. AUSSENWIRTSCHAFTS-/ZOLLRECHT**

**3.1. Ungarn - Elektronisches Straßen-Frachtkontrollsystem behindert Warenverkehr**

## AVE-Rundschreiben 3/2015

---

### 1. HANDELS- UND ZOLLPOLITIK

#### 1.1. Mitgliederbefragung zu Hindernissen bei Geschäfts- und Investitionstätigkeiten in China

Angesichts der fortschreitenden bilateralen Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und China bitten wir die AVE-Mitglieder, uns entsprechende Informationen zu Handelshemmnissen zur Verfügung zu stellen. Das Hauptziel des Abkommens besteht in der Abschaffung von Investitionsbeschränkungen und der Verbesserung des Investitionsschutzes. Der Marktzugang für Waren ist nicht Gegenstand der Verhandlungen. Nutznießer eines solchen Abkommens wären also Handelsunternehmen mit Niederlassungen und Produktionsstätten in China. Ein Abschluss der Verhandlungen ist für 2016 zu erwarten.

Die Europäische Kommission hat sich an die FTA gewandt mit der Bitte, Informationen über Handelsschranken, die bei bereits getätigten oder geplanten Investitionen und Aktivitäten zur Markterweiterung auftraten, einzuholen. Wir bitten deshalb die Unternehmen, die Geschäfte oder Produktionsstätten in China betreiben oder deren Aufbau anstreben, uns über mögliche Geschäftshindernisse zu informieren. Bitte schicken Sie ihre Antwort bis zum 2. Februar an [pierre.groening@fta-intl.org](mailto:pierre.groening@fta-intl.org). Ihre anonymisierten Angaben werden für eine Aktualisierung der im Positionspapier zu China gemachten Angaben verwendet.

Einer von der Europäischen Kommission im Jahr 2014 beauftragten Studie zu Beschränkungen für Auslandsinvestitionen in China zufolge, ist der Vertriebssektor einer der am stärksten betroffenen Bereiche – sowohl im Vorfeld als auch nach der Aufnahme von Geschäftstätigkeiten. Das heißt, wir müssen unsere Interessen bei den derzeit stattfindenden Verhandlungen mit Nachdruck vertreten.

Dr. Pierre Gröning

---

#### 1.2. Bangladesch: Politische Unruhen gefährden den Exportsektor

[↑ TOP](#)

Seit Jahresbeginn kam es in Bangladesch immer wieder zu politischen Spannungen und Gewalt. Die Eskalation der politischen Unruhen führte zu einer Verkehrsblockade, die Einfuhren wie auch Ausfuhren aus dem Land behindert. Seit dem Wahlsieg der regierenden Awami-Liga gegen die politische Opposition der Bangladesch National Party (BNP) ist das Land in einer Dauerkrise,

## AVE-Rundschreiben 3/2015

---

der bereits 300 Menschenleben zum Opfer fielen.

Die andauernde Blockade von Teilen der nationalen Infrastruktur wirkt sich immer deutlicher auf das Geschäftsleben aus. Die eingeschränkten Transporte von Rohstoffen und Fertigprodukten führen zu Verzögerungen und Unterbrechungen in der Lieferkette. Auch der Hafen von Chittagong ist betroffen und verzeichnete einen Rückgang des Containerumschlags. Außerdem können Fabrikarbeiter infolge der Blockade nicht zur Arbeit gelangen, so dass manche Betriebe ihre Produktionsziele nicht mehr erreichen.

Auch wenn die politische Krise sehr ernst ist, hat sich die Wirtschaft in Bangladesch in den letzten zwölf Monaten als relativ stabil erwiesen. Die BIP-Wachstumsrate lag 2014 bei über 6 %. Dies ist auch auf zusätzliche Anstrengungen der Fabriken zurückzuführen, die Nachtschichten sowie Wochenendarbeitszeiten ausweiteten, um den Produktivitätsverlust auszugleichen. Im Falle eines anhaltenden politischen Konflikts wird die Wirtschaft jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit in Mitleidenschaft gezogen und an Fahrt verlieren. Angesichts dieser bedrohlichen Lage ziehen internationale Ratingagenturen eine Neubewertung der Kreditwürdigkeit von Bangladesch in Erwägung.

Dr. Pierre Gröning

---

## 2. HANDELSCHUTZMASSNAHMEN

[↑ TOP](#)

### 2.1. Antidumping-Rückschau 2014

Ein bedeutender Teil des Service von AVE und FTA ist die regelmäßige Beobachtung und Mitgliederinformation in Sachen Antidumping. In diesem Sinne hat die FTA, der europäische Dachverband der AVE, auch in diesem Jahr eine Übersicht erstellt, die sich mit allen antidumpingrelevanten Sachverhalten im Jahr 2014 befasst.

Nicht alle der dort erwähnten Maßnahmen mögen von unmittelbarer Bedeutung für AVE-Mitglieder sein, doch haben einige der geschilderten Fälle exemplarischen Charakter. Eine umfassende Vorausschau auf 2015 rundet den Bericht ab, den Sie anliegend erhalten.

Stuart Newman

---

[↑ TOP](#)

## AVE-Rundschreiben 3/2015

---

### 3. AUSSENWIRTSCHAFTS-/ZOLLRECHT

#### 3.1. Ungarn - Elektronisches Straßen-Frachtkontrollsystem behindert Warenverkehr

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Ungarn ein elektronisches Straßen-Frachtkontrollsystem, mit dessen Hilfe Steuerbetrug verhindert werden soll. Die ungarische Abkürzung dieses Systems lautet EKAER. Das System sieht eine Meldefrist für alle per Lkw transportierten Waren vor, die

- aus EU-Ländern nach Ungarn befördert oder
- aus Ungarn in EU-Länder befördert oder
- innerhalb Ungarns erstmals an einen Nicht-Endverbraucher verkauft werden.

Zur Abgabe der Meldung muss sich das betreffende Unternehmen einmalig registrieren, danach müssen die erforderlichen Daten für jeden einzelnen Transport gemeldet werden. Zur Abgabe der Meldungen ist in jedem Fall der betreffende ungarische Partner verpflichtet, der bei grenzüberschreitenden Lieferungen jedoch auf die Mitwirkung des ausländischen Lieferanten oder Käufers bzw. der Speditionsunternehmen angewiesen ist.

Der hiermit verbundene bürokratische Aufwand ist beträchtlich. Vor diesem Hintergrund haben wir uns an die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer in Budapest gewandt und darauf verwiesen, dass das ungarische Vorgehen unvereinbar sein könnte mit dem Grundsatz des freien Warenverkehrs innerhalb der EU. Die Kammer hat uns mitgeteilt, dass sie intensiv bemüht sei, eine grundsätzliche Überarbeitung des Systems herbeizuführen. EKAER sollte auf Instrumente beschränkt werden, die unbedingt zur Eindämmung des Steuerbetrugs erforderlich sind. Nach Konsultationen mit dem zuständigen Ministerium in Budapest ist die Kammer vorsichtig optimistisch, dass substanzielle Änderungen möglich sind. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

Stefan Wengler